

Hohe Recyclingquoten auch ohne Pfand?

Tiroler Lebensmittelhandel: Pfand für Einweg-Kunststoff-Flaschen würde Nachteile für Unternehmen und Konsumenten bringen

Bis zum Jahr 2029 sind die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, eine Sammelquote von 90 Prozent für Getränkeflaschen zu erreichen. Aktuell liegt dieser Wert in Österreich bei 70 Prozent. Um ihn zu steigern, wird immer wieder ein Pfandsystem für Einweg-Kunststoff-Flaschen ins Spiel gebracht. Für Stefan Mair, den Obmann des **Tiroler Handels**, ist das nicht der richtige Ansatz. Er verweist darauf, dass in Tirol, wie auch im Burgenland und in Vorarlberg, die Quoten bereits jetzt ohne Pfand bei 95 Prozent und höher liegen. Das zeigt, dass die EU-Vorgaben sogar übertroffen werden können, ohne ein Pfandsystem einzuführen, das großen zusätzlichen bürokratischen, finanziellen und personellen Mehraufwand mit sich bringen würde, so Mair.

Ein Pfandsystem, das der Handel abzuwickeln hätte, würde vor allem für kleine Händler eine kaum zu stemmende Belastung bedeuten. Denn schon jetzt ist die Situation der Lebensmittelhändler mit weniger als 250 Quadratmeter Verkaufsfläche sehr schwierig: Laut einer Studie des Economica Instituts für Wirtschaftsforschung schreiben sie bei einem durchschnittlichen Jahresumsatz von nur 670.000 Euro Verluste in Höhe von 1.139 Euro pro Jahr. Eine Pfand-Einführung würde jährliche Kosten in Höhe von 10.432 € pro Standort verursachen und damit zu weiteren durchschnittlichen Verlusten von 1,73 Prozent des Netto-Umsatzes führen. Für viele kleine

Nahversorger wäre das über kurz oder lang der Todesstoß , konstatiert Mair und betont, dass den Kleinen auch eine Ausnahme von der Rücknahmepflicht nichts brächte: Das würde nur zu einem Verlust von Kunden führen, denn der Konsument kauft dort ein, wo er das Pfand einlöst.

Der Branchensprecher räumt auch mit der irrigen Annahme auf, dass die Konsumenten nicht finanziell belastet würden: Die Kosten entstünden den Konsumenten nicht durch das Pfand, sondern durch das System an sich. Größtenordnungsmäßig müssten 10.000 Rücknahmestellen errichtet bzw. adaptiert werden. Dem Händler müsste ein Aufwandsersatz bezahlt werden. Weiters müsste eine Pfandgesellschaft eingerichtet werden, um Differenzen zwischen Pfandeinnahmen und Pfandausgaben auszugleichen und die gesammelten Gebinde zu verwerten. In Summe entstünden so zusätzliche Kosten von mehreren zehn Millionen Euro pro Jahr, die in der Kalkulation der Produktpreise zu berücksichtigen wären.

Zusammenfassend stellt Mair fest, dass es bereits bessere Alternativen zu einem Einweg-Pfand gibt: Die Wirtschaftskammer Österreich hat ein umfassendes Konzept für Betriebe, Haushalte und Außer-Haus-Konsum ausgearbeitet, das Ressourcen schont und Kosten spart. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der österreichweite Ausbau von Sammelsystemen wie etwa dem Gelben Sack – das ist der weit bessere Weg, die Recycling-Quoten zu erhöhen, als die Wirtschaft ausgerechnet in der Corona-Krise zusätzlich zu belasten!

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at